

Hintergrundpapier zum Parallelbericht an den UN-Antirassismusausschuss zum 19.-22. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung

## **Rassismus gegen Rrom\*nja und Sinti\*zza**

IniRromnja, April 2015



## Inhaltsverzeichnis

1. Artikel 4 a ICERD: Strafrechtliche Verfolgung rassistischer Diskriminierung.....	3
1.1 Banalisierte diskriminierende und rassistische Sprache .....	3
1.2 Institutioneller Rassismus.....	4
2. Artikel 3 ICERD: Verurteilung und Verbot von Segregation.....	5
2.1 Segregation auf dem Wohnungsmarkt .....	5
2.2 Asylunterkünfte .....	7
2.3 An den Schulen.....	8
3. Artikel ICERD: Menschenrechtsbildung.....	8
3.1 Recht auf Bildung.....	8
3.2 Lücken in den Lehrplänen und in der Pädagogik.....	9
4. Artikel ICERD 2b: Bereich staatliche Förderung.....	11
5. Artikel ICERD 4: Gadge-rassistische Diskurse und struktureller Gadge-Rassismus .....	12
5.1 Öffentliche Diskurse und Hetze .....	13
5.2 Asylrecht für Rrom*nja .....	14
6. Artikel ICERD 5: Struktureller Rassismus und Intersektionalität .....	14
Forderungen .....	17
Anhang 1 Brief des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin an Rrom*nja .....	19
Anhang 2: Offener Brief an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg .....	20

Deutschland gehört zu den Vertragsstaaten des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von „Rassendiskriminierung“. Das Übereinkommen gilt als verbindliches Recht in Bund und Ländern. Es begründet für Deutschland großen Handlungsbedarf, denn die konsequent menschenrechtliche Perspektive ist in der deutschen antirassistischen Politik und der Gesetzgebung noch gar nicht ausreichend umgesetzt.

Rrom\*nja und Sinti\*zza erleben in Deutschland Alltagsrassismus, strukturellen und institutionellen Rassismus sowie Mehrfachdiskriminierungen<sup>1</sup>.

## 1. Artikel 4 a ICERD: Strafrechtliche Verfolgung rassistischer Diskriminierung

*(Die Vertragsstaaten verpflichten sich,) jede Verbreitung von Ideen, die sich auf die Überlegenheit einer Rasse oder des Rassenhass gründen, jedes Aufreizen zur Rassendiskriminierung und jede Gewalttätigkeit oder Aufreizen dazu gegen eine Rasse oder eine Personengruppe einer Hautfarbe (...) zu einer nach dem Gesetz strafbaren Handlung zu erklären.*

### 1.1 Banalisierte diskriminierende und rassistische Sprache

In der „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“<sup>2</sup> antworten 93,10% der Befragten „nein“ auf die Frage, ob sie für sich die Eigenbezeichnung „Zigeuner“ wählen würden. 57,47% der Befragten antworteten, immer ein Problem zu haben bei der Bewertung der Aussagen zur Fremdbezeichnung „Zigeuner“. Das Wort „Zigeuner“ ist dennoch präsent in den Supermärkten<sup>3</sup>, in den Medien<sup>4</sup> und im Sprachgebrauch von Behörden.

Romani Rose, der Vorsitzende des *Zentralrats Deutscher Sinti und Roma*, musste im Kontext des NSU-Prozesses in München eine Entschuldigung von der Regierung in Baden-Württemberg fordern: „Unsere Minderheit ist unter einen Generalverdacht gestellt worden“, sagte der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, am Mittwoch in München am Rande des NSU-Prozesses am Oberlandesgericht<sup>5</sup>. Die Polizistin Michèle Kiesewetter ist 2007 in Heilbronn von rechten Terroristen umgebracht worden. Die Kriminalpolizei hat jedoch lange falsche Spuren im Umfeld der Familien und Freunde der Opfer verfolgt. Im Rahmen ihrer Ermittlungen sind auch Rroma, die sich lediglich in der Nähe des Tatortes als Schausteller aufgehalten haben als Tatverdächtige behandelt worden. Im Zuge der Ermittlungen reisten im Sommer 2009 Kriminalbeamte nach Serbien, um einen Rrom zu dem Fall zu verhören. In dem Verhör ist ein Lügendetektortest durchgeführt und die Aussagen der hinzugezogenen Psychologen in den deutschen Akten vermerkt worden. Der Rrom wird durchgängig als „Zigeuner“ bezeichnet und als ein „typischer Vertreter seiner Ethnie“ beschrieben, demnach „die Lüge ein wesentlicher Bestandteil seiner Sozialisation sei.“<sup>6</sup> Diese diskriminierenden Äußerungen sind Bestandteile der deutschen Ermittlungsakten.

Im Nationalsozialismus fassten die Täter Rrom\*nja und Sinti\*zza unter der diskriminierenden Bezeichnung „Zigeuner“ zusammen und begingen einen Genozid an den so bezeichneten Menschen.

Die Verwendung dieser rassistischen Sprache in vielen Sphären der deutschen Gesellschaft ist Ausdruck von dem strukturellen Rassismus gegen Rrom\*nja und Sinti\*zza.

---

<sup>1</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/wir-muessen-einen-weg-fuer-uns-suchen-wir-muessen-einen-weg-fuer-uns-finden-haensche>.

<sup>2</sup> Daniel Strauß (Hg.): „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“. Mannheim 2011.

<sup>3</sup> [http://www.focus.de/politik/deutschland/streit-um-umbenennung-zigeunersauce-heits-trotz-protesten-weiter-zigeunersauce\\*aid\\*1124016.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/streit-um-umbenennung-zigeunersauce-heits-trotz-protesten-weiter-zigeunersauce*aid*1124016.html).

<sup>4</sup> <http://www.welt.de/kultur/article114753394/Wer-ist-schuld-am-Elend-der-Zigeuner.html>.

<sup>5</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/ermittlungen-zum-nsu-mord-zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-fordert-entschuldigung-wegen-diskriminierender-aussagen/9775448.html>.

<sup>6</sup> <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-02/nsu-prozess-sinti-roma-rassismus>.

## 1.2 Institutioneller Rassismus

In der „*Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma*“ wird institutioneller Rassismus untersucht. Das Befinden bei *Kontakten mit Behörden* ist für mehr als die Hälfte der Befragten als hoch problematisch beschrieben:

### Befinden der Befragten bei Behördenbesuchen<sup>7</sup>

keine Angabe:	13,00%
normal:	40,23%
leichte Probleme:	13,41%
hoch problematisch:	40,23%

Deutschland erkennt institutionellen Rassismus als Form der Diskriminierung und Alltag für People of Color<sup>8</sup> nicht an. Institutioneller Rassismus existiere nicht. Markus End<sup>9</sup> stellt fest: „Dennoch veröffentlichen deutsche Polizeidienststellen noch heute regelmäßig Pressemitteilungen, die auf die Zugehörigkeit von Tatverdächtigen zu „Sinti und Roma“, „Landfahrern“ oder „ethnischen Minderheiten“ hinweisen“<sup>10</sup>.

Rrom\*nja und Sinti\*zza erfahren Diskriminierung beim Arbeitsamt, bei der Polizei, bei der Ausländerbehörde, im Gerichtssaal, beim Finanzamt, beim Jugendamt. In der „Roma-Strategie“ des Berliner Senats heißt es: „Notwendig wurde diese Maßnahme, nachdem ab dem Jahr 2009 beginnend, der Zuzug von Fahrenden insbesondere Roma aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten nach Berlin zunahm.“<sup>11</sup> In einer Reflexion des sogenannten „Aktionsplanes zur Einbeziehung ausländischer Roma“ kritisiert das Romano Bündnis: „Es gibt sehr verbreitete stereotype Vorstellungen über uns, die sich mit Rassismus vermischen. Die finden sich auch in den Strategiepapieren wieder, wie sie etwa der Senat entwirft. Da werden Roma als Fahrende bezeichnet, weil das in den Köpfen von Beamten, Politikern, Verbandsvertretern immer noch als Synonym für Roma gilt. Zu Gleichberechtigung und Empowerment von Roma kommt man so aber nicht“<sup>12</sup>.

Unabhängige Beschwerdestellen sollten geschaffen werden, damit Schutz, Diskriminierungsdaten und rechtliche Informationen existieren, spezialisierte Anlaufstellen, die sich mit den Erfahrungen der Rrom\*nja und Sinti\*zza befassen können, wären wichtig. Dies ist für alle Behörden, insbesondere für die Polizei notwendig. Durch eine unabhängige Beschwerdestelle könnten Opfer von institutionellem Rassismus Diskriminierung melden, die sie sonst nie anzeigen können und würden. Eine unabhängige Datenbank der Beschwerden würde dementsprechend existieren. Elizabeta Jonuz und Wolf Bukow von der Universität Köln untersuchten Verhaltensmuster kommunaler Behörden gegenüber Migrant\*innen aus Rumänien und Bulgarien, die Rrom\*nja sind, und stießen auf einen verbreiteten institutionellen Rassismus, wie zum Beispiel durch Ablehnungen von Anträgen oder durch schlechtere Beratungsleistungen, durch die Policy des Gesundheitssystems oder durch die Jugendämter.

<sup>7</sup> Daniel Strauß (Hg.): „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“, Mannheim 2011, Tabelle 25.

<sup>8</sup> Eine strategische Selbstbezeichnung für allein westlichen Gesellschaften von Rassismus betroffene Menschen.

<sup>9</sup> Markus End ist Politologe und Autor von dem „Gutachten Antiziganismus“.

<sup>10</sup> Zit nach : End, Markus. Gutachten Antiziganismus. Marburg, 2013 Zit. nach: ai-Protest ging in Gegendemo unter. In: Onlineausgabe der Pegnitz-Zeitung vom 30.09.2011.

<sup>11</sup> „Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma“, Abgeordnetenhaus von Berlin

<sup>12</sup> <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digiartikel/?ressort=ba&dig=2013%2F01%2F16%2Fa0141&cHash=9033eb5d742886aec9196da67362c6a7>.

## 2. Artikel 3 ICERD: Verurteilung und Verbot von Segregation

### Artikel 3

*Die Vertragsstaaten verurteilen insbesondere die Segregation und die Apartheid und verpflichten sich, alle derartigen Praktiken in ihren Hoheitsgebieten zu verhindern, zu verbieten und auszumerzen.*

Die Diskriminierung der Rrom\*nja und Sinti\*zza zeigt sich auf einem interpersonellen Niveau vor allem aufgrund der Ablehnung der Bürger\*innen im Umgang mit Rrom\*nja und Sinti\*zza<sup>13</sup>. So beweist die vom *The American Jewish Committee* durchgeführte repräsentative Umfrage mit dem Titel „*Einstellungen gegenüber Juden und anderen Minderheiten*“ zum Beispiel, dass Rrom\*nja und Sinti\*zza sowie Menschen, die unter die rassistische Zuschreibung fallen, ungewollte Nachbarn sind. Hierbei wurden 1469 Menschen gefragt: „*Was empfinden Sie, wenn Sie die Gruppen, die ich Ihnen gleich vorlese, in Ihrer Nachbarschaft haben? Möchten Sie die jeweilige Gruppe als Nachbarn haben, ist Ihnen das egal oder wollen Sie sie lieber nicht als Nachbarn haben?*“ Dabei kamen „*Zigeuner*“ (!) mit 63,90% auf den höchsten Ablehnungswert („*lieber nicht*“) aller Gruppen. Die Abneigung gegenüber „*Arabern*“ (45,55%) folgte mit großem Abstand „*Juden*“ wurden von 18,97% „*als Nachbarn*“ abgelehnt<sup>14</sup>.

Die aktuellste und mit drei Items zugleich differenzierteste Umfrage zu diesem Themenfeld wurde im Jahr 2011 im Rahmen der Untersuchung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorgenommen. Die Langzeitstudie wurde seit 2002 jährlich durchgeführt, allerdings wurden erst in die letzte Umfrage 2011 auch drei Fragen nach der Einstellung zu Sinti und Roma aufgenommen. Bei dieser repräsentativen Umfrage stimmten 40,1% der Befragten der Aussage: „*Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten*“ zu. Auch der Aussage „*Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden*“, die sogar eine Handlungsaufforderung beinhaltet, stimmten 27,7% zu. Ganze 44,2% bejahten die offen rassistische Zuschreibung: „*Sinti und Roma neigen zur Kriminalität*“.

### 2.1 Segregation auf dem Wohnungsmarkt

Die Diskriminierung von Rrom\*nja auf dem Wohnungsmarkt ist oft nicht nur gegen sie als People of Color gerichtet, sondern auch explizit gegen sie als Roma. In der Studie von Emsal Kiliç „*Deutscher Name- Halbe Miete?*“, wird herausgearbeitet, dass Menschen mit nicht-deutschen Namen bei der Wohnungssuche schlechtere Chancen auf Wohnungen haben und dass prestigereichere Wohnviertel für sie ausgeschlossen werden<sup>15</sup>.

Zusätzlich können wir von realen Fällen berichten, in denen Rrom\*nja vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen bleiben. Obwohl es keine Statistiken zur Obdachlosigkeit von Rrom\*nja in Deutschland gibt, sind dem Staat und den Medien zumindest die folgenden Fälle bekannt: In Berlin-Kreuzberg bewohnten mehrere Rromani-Familien seit dem Frühjahr 2013 einen Korridor einer besetzten Schule der Refugeestrike Bewegung. Zuvor wohnten diese Familien

<sup>13</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/vorwort>.

<sup>14</sup> AJC (2002): Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA, durchgeführt von infratest. Zit. nach: Rose, Romani (2012): Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland und in Europa nicht nur auf dem Papier. In: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.): Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland. Rahmenstrategie der Europäischen Union für die Verbesserung der Lage von Roma in Europa. Heidelberg, S. 7–11, hier S. 7.

<sup>15</sup> Siehe die Studie der Soziologin Emsal Kiliç „Aus dem Bericht (Europäische Agentur für Grundrechte FRA) geht eindeutig hervor, dass die schlechte Wohnsituation der Roma und Travellers in rassistischer Diskriminierung begründet liegt. Manchmal verweigern örtliche Behörden ihnen den Zugang zu Sozialwohnungen und setzen dabei Maßnahmen ein, die eine direkte oder indirekte Form der Diskriminierung darstellen. In einigen Fällen weigern sich Hauseigentümer an Roma zu vermieten, selbst wenn die Wohnung durch die Wohlfahrtsdienste nachgefragt werden. Darüber hinaus gab es Berichte darüber, dass von Nicht-Roma Nachbarn Druck ausgeübt wurde, so dass Hauseigentümer nicht bereit waren, an Roma zu vermieten.“

im Winter auf der Straße und wurden von der Bewegung aufgenommen. In unhaltbaren Verhältnissen wohnten jeweils zwei bis drei Familien in einem ehemaligen Klassenraum. Nur durch Spenden von Unterstützer\*innen gelang es, zwei Herde und eine Waschmaschine für die Bedürfnisse der Familien zu erhalten. Viele Familien konnten die Grundversorgung in Form von Hartz IV nicht beantragen, weil sie keine offizielle Wohnadresse und somit keine Anmeldung in Deutschland vorweisen konnten. Als EU-Bürgerinnen hätten sie das Recht in Deutschland zu arbeiten, was sie aber oftmals aufgrund fehlender Papiere, wie Pässe, die für die Familien zu teuer waren, nicht wahrnehmen konnten. Bei der Räumung der Gerhart-Hauptmann Schule im Juni und Juli 2014 mussten die Familien in Windeseile ihre Koffer packen und in einen Bus einsteigen. Zuvor hatte der Stadtrat Hans Panhoff ihnen versprochen, familiengerecht untergebracht zu werden. Einige der Kinder besuchten bereits Grundschulen in Kreuzberg und fanden sich nach der Busfahrt in einem Asylbewerberheim 50 km vor Berlin wieder. Damit waren die Familien segregiert worden und ihren Kindern der sichere Schulbesuch unmöglich gemacht worden.

Ein anderer Fall erreichte die Öffentlichkeit, als bulgarische Romani-Männer im Dezember 2013 in Berlin aus der Eisfabrik einer alten Ruine wurden. Auch diese Männer verfügten über keinerlei Mittel und Möglichkeiten Zugang zu einer regulären Wohnung zu erhalten. Obwohl es der Polizei und dem Bezirksamt bewusst wurde, dass diese Räumung eine Obdachlosigkeit der Männer nach sich ziehen würde, wurde die Räumung ohne das Angebot einer Ersatzunterkunft vollstreckt. Daraufhin besetzten die Männer mehrere öffentliche Gebäude und versuchten so eine Unterkunft zu fordern. Dies blieb ohne Erfolg.

Einige der Rrom\*nja, die vor die Tore Berlins geschickt worden sind und auch einige der Besetzer der Eisfabrik fanden sich auf dem verlassenen Gelände der sogenannten Cuvry-Brache in Kreuzberg wieder. Auch diese wurde wiederum nach dem Ausbruch eines Feuers, dessen Ursache bisher ungeklärt ist, im Oktober 2014 geräumt. Die Cuvry-Brache selbst war ebenso wenig eine angemessene Unterkunft. In Zelten und selbstgebauten Häusern wohnten dort Familien mit Kindern auf einem ummauerten Gelände ohne Wasser und ohne Toilette. Der Bezirk wusste dies und sendete nach eigener Behauptung regelmäßig Sozialarbeiter und Familienhelfer in die Cuvry-Brache. In einem Schreiben, in dem sie die Inobhutnahme der Kinder androhen, schreibt das Jugendamt: „Wir wissen, dass Sie für sich und Ihre Kinder dringend eine Wohnung brauchen. Aber wir können keine Wohnung für Sie beschaffen.“<sup>16</sup>

Diese Familien, aber auch Familien, die in einem städtischen Park, dem Görlitzer Park in Zelten oder gar ohne Zelt auf Isomatten schlafen<sup>17</sup>, wurde noch vor der Räumung die Wegnahme der Kinder angedroht<sup>18</sup>. Obwohl es eine Beratungsstelle in Berlin Neukölln gibt, die von Rrom\*nja für Rrom\*nja betrieben wird, ist diese regelmäßig überfüllt und kann nicht in dem Maße unterstützen, wie sie es eigentlich müsste, damit alle Rrom\*nja in geregelte Wohnverhältnisse kommen. Außerdem fehlen allen Beratungsstellen wie Amaro Drom e.V. in Berlin oder Amaro Kher e.V. in Köln Gelder, um unbürokratische Zahlungen ausführen zu können oder auch eine strukturelle Finanzierung, um längerfristige und nachhaltige Regelangebote zu schaffen.

Nicht nur Obdachlosigkeit, auch Hetzreden führen zu einem gefährlichen Wohnumfeld für Rrom\*nja. Der innenpolitische Sprecher der CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wurde 2009 mit der Aussage zitiert: „Die Gewerbeschein-Idee ist völlig durchgeknallt. Wenn der Senat das durchzieht, haben wir in aller Kürze sämtliche Sinti und Roma in der Stadt.“<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> Der Paria: Protest, Inobhutnahme Cuvry-Brache, 24. September 2014.

<sup>17</sup> Eins der wenigen Interview von Rrom\*nja, die direkt über ihre Situation reden können steht unter: <http://www.taz.de/Bezirk-droht-obdachlosen-Familien/146375/>.

<sup>18</sup> Siehe im Anhang 1 und 2, schriftliche Ankündigung des Jugendamtes an die Familien, die in deutscher und rumänischer Sprache an die Familien verteilt wurde.

<sup>19</sup> Vgl. Wedekind, Olaf (2009): Scheiben-Wischerei ist jetzt ein Beruf. Bettel-Roma. In: B.Z. Onlineausgabe vom 04. Juni 2009. <http://www.bz-berlin.de/aktuell/berlin/scheiben-wischerei-ist-jetzt-ein-berufarticle478726->



An anderer Stelle wird Michaele Neumeier - die Fraktionsvorsitzende der CSU des bayerischen Neunkirchen im Gemeinderat – zitiert: „*Hauptsache die Roma verschwinden, ob mit oder ohne Zaun.*“<sup>20</sup> Der Zaun sollte im bayerischen Neunkirchen mit der Absicht errichtet werden, Rrom\*nja mit slowakischer Staatsbürgerschaft von dem Ort fernzuhalten und von der Sperrmüllsammlung abzuhalten. Der Zaun wurde nach der Intervention von *Amnesty International* nicht gebaut.

Ein ähnlicher Fall, in dem ein öffentlicher Spielplatz in Berlin-Reinickendorf eingezäunt wurde, galt allerdings Flüchtlingskindern, darunter viele Rrom\*nja, die dort nicht mehr spielen sollten, weil sie so laut seien<sup>21</sup>. Dass dies nicht für andere Kinder gilt, stellt eine Verletzung des Verbotes der Segregation dar.

## 2.2 Asylunterkünfte

Noch extremer wird es bei Kundgebungen von rechtsradikalen Parteien vor Asylunterkünften. Diese Unterkünfte, die immer segregiertes Wohnen bedeuten, weil alle Flüchtlinge an einer Adresse, die meist weit weg von dem Zentrum oder in entlegenen Gebieten innerhalb der Stadt zu finden sind, sind deshalb auch leichte Ziele für Neonazi-Gruppierungen<sup>22</sup>.

Beunruhigend sind auch die sogenannten Bürger- oder Anwohnerinitiativen, die durchzogen von rechten Gruppierungen auch Menschen integriert, die vormals nicht politisch in Erscheinung getreten sind. Bei vielen neuerrichteten Asylunterkünften formierten sich diese Gruppen gegen den Zuzug von Migrant\*innen. Markus End zitiert in seinem Gutachten Antiziganismus hierbei Anwohner\*innen in Leipzig-Volkmarsdorf, die eine Bürgerwehr gründen würden, sollten sich die von ihnen offensichtlich erdachten Zustände („Ruhestörungen“, „Belästigungen“, „Bettelei“, „Diebstähle“ und Ähnliches)<sup>23</sup> nicht ändern. Ähnliche Vorkommnisse und Initiativen sind für Berlin-Neukölln<sup>24</sup>, die Dortmunder Nordstadt und Bremen-Blumenthal zu berichten.<sup>25</sup> In einem Haus in Duisburg-Bergheim wurden im September 2012 mehrere hundert Unterschriften gesammelt für die „Umsiedlung“ der Bewohner\*innen eines Hauses in dem bürgerlichen Stadtteil.<sup>26</sup> Daraufhin gibt es nicht nur vermehrt Hetzreden in den Medien und Drohungen durch die Anwohner\*innen, das Haus wird letztendlich im Juli 2014 mit Polizeigewalt geräumt, den dort lebenden Rrom\*nja wird keine alternative Wohnung angeboten.

Ebenso mobilisierte im Oktober 2013<sup>27</sup> eine große Gruppe von Neonazis und Anwohner\*innen gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf. Wochenlang wurden die Bewohner\*innen durch Demonstrationen vor ihrer Haustür eingeschüchtert. Drei Angriffe auf das Haus und seine Unterstützer\*innen gab es während der ersten Zeit und die rassistische Gewalt dauerte monatelang<sup>28</sup>. Neonazis und rassistischen Anwohner\*innen erneuerten Demonstrationen, Hetze und Angriffen im Herbst 2014<sup>29</sup>.

---

<sup>20</sup> Zit nach: End, Markus. Gutachten Antiziganismus. Marburg, 2013 Zit. nach: ai-Protest ging in Gegendemo unter. In: Onlineausgabe der Pegnitz-Zeitung vom 30.09.2011.

<sup>21</sup> Lenz, Susanne. Flüchtlingskinder müssen draußen bleiben. In: Berliner Zeitung online. 30.07.2013 <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/spielplatz-eingezaeunt-fluechtlingskinder-muessen-draussen-bleiben,10809148,23867006.html>. Letzter Zugriff: 19.10.2014.

<sup>22</sup> Kameradschaften, „Identitäre Bewegung Deutschlands“, NDP...

<sup>23</sup> Zitiert nach End, Markus. Gutachten Antiziganismus. Zum Stand der Forschung und der Gegenstrategien, S.28.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/demo-hellersdorf-npd-demo-unter-polizeischutz,10809148,24793426.html>.

<sup>28</sup> <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/chronik-zu-angriffen-und-hetze-gegen-fl%C3%BChtlinge-2014-9322>.

<sup>29</sup> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gegen-asylbewerber-immer-mehr-proteste-gegen-fluechtlingsheime-a-972385.html>.

## 2.3 An den Schulen

In den Schulen findet unter dem Deckmantel des besseren Zuganges zu Bildung temporäre Segregation in Schulklassen statt. Seit 2011 lernen zugewanderte Kinder in einer sogenannten „Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“ Deutsch, auch Willkommensklassen oder Kompetenzklassen genannt. Auch Alphabetisierung findet hier statt, um, wie der „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ es formuliert, den „Übergang in die Regelklassen“<sup>30</sup> vorzubereiten. Allein in Berlin fanden sich im Januar 2013 168 solcher Klassen. In diese Klassen kommen keine Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit. Nur Kinder und Jugendliche, die gerade in Deutschland angekommen sind, müssen sich getrennt unterrichten lassen, obwohl die Bildungsforschung zeigt, dass Schüler\*innen vor allem in der Klasse von und mit anderen Sprecher\*innen derselben Sprache immersiv sehr schnell lernen können, ohne im Fachunterricht Abstriche machen zu müssen.<sup>31</sup> Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass Zuschreibungen und Stigmatisierungen, aber auch verlängerte Lernprozesse institutionalisiert sind. Die Klassen werden an einigen Schulen unter den Schüler\*innen bereits 'Zigeunerklassen' genannt.<sup>32</sup>

Auch werden Romani-Kinder trotz guter Leistungen vermehrt sogenannten Förderschulen zugewiesen, was ebenso wenig ein inklusives Lernen befördert. Eine Erhebung der genauen Zahlen steht aus, qualitative und quantitative Rechercharbeit über die „Willkommensklassen“ fehlen und sind dringend notwendig. Die Einzelfälle unter Punkt 3.1 können als exemplarisch gesehen werden und zeigen nicht nur bezüglich der Zuweisung zu Förderschulen ein größeres strukturelles Problem auf.

## 3. Artikel ICERD: Menschenrechtsbildung

### 3.1 Recht auf Bildung

Das Recht auf Bildung ist für Romani-Kinder nicht vollständig zugänglich. Besonders zugewanderte Rom\*nja erfahren regelmäßig den Ausschluss von Schule in verschiedenster Form. Arbeiter\*innen bei der kölnischen Romani-Organisation und Beratungsstelle *Amaro Kher* berichten von Wartezeiten bis zu sieben Monaten, bis ein Romani-Kind einen Schulplatz findet. Schulaufnahmen werden sogar verweigert mit der pauschalen Begründung, Romani-Schüler\*innen würden im Vergleich zu anderen Kindern einen erhöhten Arbeitsaufwand bedeuten. Außerdem erleben Schulkinder Schikanen wie die Zuweisung zu einer Schule, die eine Stunde von der Wohnung entfernt und für Kinder schwer allein erreichbar ist<sup>33</sup>. Außerdem sind einer Unterstützerin vom Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen in Köln Fälle bekannt, bei denen ein „Aufnahmeverfahren in eine Förderschule eingeleitet wurde, nachdem die Kinder gerade mal einen Monat in der deutschen Grundschule gewesen waren.“ Dies wurde begründet mit dem Unwissen der Kinder über das lateinische Alphabet. Außerdem wurde einer Romni ohne Deutschkenntnisse ohne Erklärung ein Formular zur Einleitung des Überganges in die Förderschule für ihren Sohn zur Unterschrift vorgelegt<sup>34</sup>. Eine Lehrerin attestiert weiterhin, dass ein junger Sinto in ihrer Klasse offensichtlich fälschlicherweise auf die Förderschule gesandt wurde. Bei Nachfrage bei der Verantwortlichen gab sie an, dass sie sehr wohl wisse, dass der Junge keinen niedrigeren Intelligenzquotienten besitze, allerdings seine Eltern ihn unmöglich hätten unterstützen kön-

<sup>30</sup> Stadt Berlin, Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung Ausländischer Roma.

<sup>31</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Immersion\\_%28Sprachwissenschaft\\_und\\_Erziehung%29](https://de.wikipedia.org/wiki/Immersion_%28Sprachwissenschaft_und_Erziehung%29); sowie Universität Kiel, Lernen im immersiven Unterricht <http://survey.psychpaed.uni-kiel.de/MOBI.html>.

<sup>32</sup> Schulverweigerung von oben? In: Hg. Awo Bezirksverband Mittelrhein. Vielfalt-Das Bildungsmagazin.

<sup>33</sup> Ebenda, Seite 7.

<sup>34</sup> Ebenda, Seite 2.



nen, so dass ihr die Förderschule als angemessener erschien<sup>35</sup>. Diese Argumentation ist ein wiederkehrendes Muster. Die Arbeiterwohlfahrt, welche sich im Juni 2013 an das Schulamt Köln wandte, fand heraus, dass 40 Kinder im Schuljahr 2012 / 2013 keinen Schulplatz gefunden hatten. „Nicht gezählt waren dabei Kinder aus kommunalen Flüchtlingsunterkünften und Kinder aus dem sogenannten Transitbereich, die manchmal Monate (...) darauf warten, in andere Kommunen verteilt zu werden. Die Wohnungsversorgungsbetriebe, zuständig für die Unterbringung von Flüchtlingen, stellten Anfang September fest, dass in den Unterkünften 34 schulpflichtige Kinder keinen Schulplatz haben. Die Gründe dafür seien ein personeller Engpass in der Kommunalen Integrationsagentur und der Platzmangel in den Schulen.“<sup>36</sup> Des Weiteren stellt die Studie der Antidiskriminierungsstelle fest, dass „ein hohes Diskriminierungspotential bei der Leistungsbewertung“ dazu führe, dass „Kinder mit Migrationsgeschichte am Ende der Grundschulzeit bei gleichen Leistungen seltener eine Gymnasialempfehlung erhielten und häufiger in der Förderschule anzutreffen seien.“ Ein Viertel der Schüler\*innen, so die Untersuchung, würde von Lehrer\*innen falsch eingeschätzt und erhalte folglich nicht die richtige Empfehlung für die weiterführende Schule. Nicht zimperlich sind Lehrer\*innen auch bei der Bewertung von Elternhäusern. Kindern von Eltern, denen eine „mangelnde Unterstützungsfähigkeit“ attestiert wird, wird die Gymnasialempfehlung vorenthalten.“<sup>37</sup>

Außerdem sind Verbote, die eigene Muttersprache auch im Pausenhof zu sprechen, attestiert worden. Rrom\*nja wie Sinti\*zza beherrschen oft mindestens 2 oder 3 unterschiedliche Sprachen, je nach erfahrener Geschichte der Familien. Dies wird von den Pädagog\*innen im Schul- und Ausbildungssystem nicht als Kompetenz und Reichtum betrachtet und anerkannt<sup>38</sup>. Außerdem wird das Rromanes nicht als eigenständige, komplexe und historische Sprache anerkannt. Das muttersprachliche Praktizieren und muttersprachliche Lernen von Rromanes wird nicht gefördert, obwohl der juristische Status der nationalen Minderheiten in der BRD Rechte in den Feldern des Bildungswesens und der Sprachförderung beinhaltet.

### 3.2 Lücken in den Lehrplänen und in der Pädagogik

Die Geschichte der Rrom\*nja und Sinti\*zza in Deutschland und Europa wird in den Lehrplänen nicht erwähnt. Obwohl es eine ausgearbeitete Lehreinheit zum Genozid an den Rrom\*nja und Sinti\*zza gibt<sup>39</sup>, wurde diese bisher fast nicht angefragt. Eine fehlende Verankerung im Lehrplan hat zur Folge, dass die Lehrkräfte – da sie nicht dazu verpflichtet sind - keine Rromani relevanten Themen erarbeiten. Der Genozid an den Sinti\*zza und den Rrom\*nja wird auch in aktuellen Schulbüchern lediglich sehr oberflächlich erwähnt. Die Schule spiegelt die Lebenssituation der jugendlichen Rrom\*nja nicht wider, nicht nur, dass Rrom\*nja als Thema in den Rahmenplänen und Unterrichtseinheiten in Geschichte, Literatur, Kunst oder Politik gar nicht oder kaum vorhanden sind, auch die Lebensbedingungen von Migrant\*innen oder Minderheitengruppen in Berlin finden kaum oder keine Erwähnung.<sup>40</sup>

Neben der Nichtbeachtung ist auch die absolute Unmöglichkeit der Identifikation mit anderen People of Color anzuklagen. Rrom\*nja verstehen sich ja auch oftmals nicht nur als Angehörige der Rrom\*nja, Sinti\*zza oder anderen Gruppen, sondern auch der Länder, aus denen sie oder ihre Familien kommen. Ein Bündnis aus Wissenschaftler\*innen und Lehrtätigen hat den Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) und des BMZ analysiert. In ihrem Aufruf 'Decolonize Orientierungsrahmen' stellen sie fest, dass der Eindruck vermittelt werde, „die

---

<sup>35</sup> Ebenda, Seite 5.

<sup>36</sup> Ebenda, Seite 7.

<sup>37</sup> Zitiert nach: Wo Diskriminierung Alltag ist. In : (Hg.) Awo Bezirksverband Mittelrhein. Vielfalt-Das Bildungsmagazin, Seite 10.

<sup>38</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/10/21/antigypsyism-and-language>.

<sup>39</sup> <http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/lernmaterial-unterricht/roma-und-sinti-europaeisches-unterrichtsmaterial>.

<sup>40</sup> Vgl : Decolonize Orientierungsrahmen, (S. 33, 39, 104, 204).

Gesellschaft in Deutschland [sei] vormals homogen weiß, christlich und gesund und erst durch die Globalisierung der letzten Jahrzehnte [seien] heterogene Lebenswelten entstanden [...], die wiederum für Konflikte verantwortlich sind.“ Der Orientierungsrahmen richtet sich in seiner Ansprache implizit und häufig auch explizit nur an eine weiße deutsche Zielgruppe. Deutlich wird dies in der Konstruktion von „Wir“ und „die Anderen“, von „Eigenem“ und „Fremdem“, die in der biologistischen Postulierung der „Andersartigkeit“ gipfelt<sup>41</sup>.

„In der Schule werden sie überwiegend nicht als Roma und wenn doch, dann defizitär wahrgenommen und schulische Misserfolge als kulturelles Problem identifiziert. Dabei finden Roma Kinder und Jugendliche im Schulalltag und im Unterricht selten einen positiven Rahmen in dem sie ihre Herkunft einbringen können, da sich viele Schulen durch vordergründige Nichtbeachtung und Nichtberücksichtigung sprachlicher, kultureller, sozialer, struktureller Differenzen auszeichnen“<sup>42</sup>.

Als Recht auf Empowerment für die Communities und als antirassistische Policy sollten Schulen und Hochschulen diese Geschichte sichtbar machen und bearbeiten.

Da die Sinti\*zza und Rom\*nja als nationale Minderheit seit 1995 anerkannt sind, sollten ihre Anwesenheit und Sichtbarkeit über die Jahrhunderte thematisiert werden. Noch mehr, wenn Stereotypen und Rassismen in den Schulbüchern reproduziert werden und rassistische Werke wie zum Beispiel „Jenö war mein Freund“<sup>43</sup> gelehrt werden<sup>44</sup>. Dieser Roman von 1958 wurde in fast allen Bundesländern für den Deutschunterricht empfohlen und ist präsent in fast allen Lesebüchern für das 5. Schuljahr. Ebenso wird eine rassistische Reliquie wie „Mond Mond Mond“ aus 1962 immer noch in den Lehrplänen für den Unterricht in der Grundschule empfohlen. Egon Schweiger fasst im Band „Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland“ zusammen: „Dass über fünf Jahrzehnte versäumt wurden, in der Schule und Unterricht sachgerecht über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma zu informieren und über die Bilder in den Köpfen der Mehrheitsbevölkerung aufzuklären, bleibt ein Skandal“<sup>45</sup>.

Die transgenerationellen Traumata von Rom\*nja und Sinti\*zza werden von den Bildungsinstitutionen, Jugendämtern und Familienhilfeprogrammen komplett ignoriert oder sogar negiert. Die Traumatisierungen sind aber direkt mit dem von Deutschland ausgeführten Genozid und deren Folgen verbunden. So sind Misstrauen gegenüber den Institutionen und der Verlust von sozialem Kapital direkt verbunden mit dem Genozid an Rom\*nja und Sinti\*zza. Der Aufruf *Decolonize Orientierungsrahmen* weist darauf hin, inwiefern diese Ignoranz von interkulturellem Alltag mit einer Kulturalisierung der Rom\*nja und Sinti\*zza und anderen minorisierten Jugendlichen verbunden ist, wobei die pädagogischen Fachkräfte durch Verwendung von Begriffen wie „Bildungsferne“ demonstrieren, dass sie die historische und gegenwärtige Komplexität des Problems nicht wahrnehmen, sondern stattdessen die Auswirkungen von historischer Verfolgung und gegenwärtiger Ausgrenzung einseitig als Probleme der Diskriminierten konstruieren. Der Aufruf fährt fort: „Auch viele Eltern erleben sich in der Schule häufig als defizitär, weil sie überwiegend in die Schule eingeladen werden, wenn es Probleme gibt und sie Mitteilungen empfangen und sich kritisieren lassen müssen. Es gibt dagegen kaum eine Öffnung der Schule, in der die Eltern Gelegenheit erhalten, als Experten gegenüber den LehrerInnen aufzutreten.“<sup>46</sup>

<sup>41</sup> Decolonize Orientierungsrahmen 01.09.2014, <http://decolonizeorientierungsrahmen.wordpress.com/>, (S. 63Ff, 128).

<sup>42</sup> <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/7315/2009-11-25-Zur-Diskriminierung-von-zugewanderten-Roma-im>.

<sup>43</sup> Siehe auch: kritisch lesen:jenö war mein freund <http://www.contextxxi.at/context/content/view/43/64/>

<sup>44</sup> <http://www.lpb-bw.de/publikationen/sinti/sinti11.htm>.

<sup>45</sup> Siehe Egon Schweiger „Zur Darstellung und Wahrnehmung der Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma in den Schulbüchern“ In: <http://www.lpb-bw.de/publikationen/sinti/sinti11.htm>.

<sup>46</sup> <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/7315/2009-11-25-Zur-Diskriminierung-von-zugewanderten-Roma-im>.

#### 4. Artikel ICERD 2b: Bereich staatliche Förderung

Die Logik der Verwaltung bei der Vergabe von Mitteln für Projekte benachteiligt kleine Vereine oder Träger. Insbesondere sind die Schwerpunkte der Förderung und die Verfahrensweise um die Einrichtung des Berliner „Aktionsplanes zur Einbeziehung ausländischer Roma“ von mehreren Berliner Romani-Selbstorganisationen kritisiert worden. Die Selbstorganisationen Roma Informations Centrum e.V., Roma Aether Club Theater, Roma Kulturrad und die IniRromnja reichten im eigens deshalb gegründeten Romano-Bündnis kritische Stellungnahmen seit der ersten Formulierung der „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“ bis zum bis dato durchgeführten Verfahren ein. Zunächst zeugt die in der Behörde und unter freien Trägern genutzte Abkürzung: „Roma Strategie“ von der geringen Sensibilität und Geschichtsvergessenheit der aktuellen Akteur\*innen in diesem Feld hinsichtlich deutscher Strategien in Bezug auf die Verfolgung von Roma während des Nationalsozialismus. Das Berliner Romano-Bündnis kritisierte u.a. die fehlende gleichberechtigte Einbeziehung von Rom\*nja Selbstorganisationen auf allen Ebenen der Konzipierung und Projektförderung, die hohe Intransparenz der Verfahrensweisen sowie einzelne diskriminierende und homogenisierende Inhalte<sup>47</sup> der so genannten „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“<sup>48</sup>.

Das Romano Bündnis weist darauf hin: „Nur sehr wenigen Projekten, wenn sie überhaupt darauf zielten, ist ein praktischer Einbezug von Roma auf allen Ebenen der Projektplanung und Durchführung gelungen. Roma-Fachkräfte dienen regelmäßig ausschließlich als Bindeglied zwischen den Projektangeboten und der Zielgruppe, die erreicht werden soll.“ Die Folgen davon seien für die Einzelnen und die Communities gravierend, denn diese Fachkräfte könnten ihre Perspektiven, konzeptionellen Überlegungen sowie Qualitätsstandards nicht erfolgreich einbringen. Die Rom\*nja-Selbsthilfeorganisationen werden zynischerweise nicht berücksichtigt, wenn es um Unterstützung von Roma gehen soll. Es gibt derzeit in Berlin einfach keine Rom\*nja-Selbstorganisation, die ausreichend etabliert ist: keine Rom\*nja Selbstorganisation erhält eine regelmäßige Förderung. Basiskosten wie Miete, Telefon oder personelle Arbeit werden die meiste Zeit ehrenamtlich geleistet. Nur temporäre Förderungen durch Stiftungen ermöglichen das Überleben dieser Vereine. Insbesondere problematisieren die Organisationen den geringen Output der enormen Förderungen in Berlin für die Rom\*nja Communities, die für 2013 und 2014 um die 2,6 Millionen Euro betragen, jedoch nahezu vollständig an Nichtroma Vereine gehen und für Fürsorgepolitik verwendet werden. Die IniRromnja ist als Romnja und Sintezza Frauengruppe politisch, aber nicht als Verein organisiert und damit nicht von staatlichen Förderungen abhängig. Sie sind Teil des Berliner Romano-Bündnisses, weil sie die Selbstorganisation von Rom\*nja unterstützen. Sie kritisieren einzelne politische Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Projektförderungen, als einen Teil der diskriminierenden Praxen des Staates und der Kommunen: Diese strukturelle Diskriminierung basiert auf der symbolischen Handlungsebene auf die Zuweisung von Roma-Expertentum an Nichtroma Organisationen und auf die Klientelisierung von Roma sowie der Reduzierung ihrer Anliegen nach gleichen Rechten und menschenwürdiger Behandlung als Bedarf nach sozialer

Unterstützung.<sup>49</sup> Inirromnja weist in einem Interview darauf hin: „An dem Romano-Bündnis beteiligen wir uns, weil wir die Selbstorganisation von Roma unterstützen. Denn in Berlin wird seit Jahren eine Fürsorgepolitik für Roma praktiziert, die wir ablehnen ... weil in dieser

<sup>47</sup> „Wir (Das Romano Bündnis) wenden uns jedoch auch deutlich gegen einen Aktionsplan, der das Wort „Einbeziehung“ im Titel führt und dann schwerpunktmäßig die „Lösung sozialer Probleme“ thematisiert. Denn die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum größten Teil defizitorientiert und vielfach direkt diskriminierend.“ In :<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital/artikel/?ressort=ba&dig=2013%2F01%2F16%2Fa0141&cHash=9033eb5d742886aec9196da67362c6a7>.

<sup>48</sup> <http://inirromnja.wordpress.com/2013/09/08/position-des-Romano-bundnis-berlin-zum-berliner-aktionsplan-zur-gegen-die-einbeziehung-auslandischer-roma/>.

<sup>49</sup> <http://inirromnja.wordpress.com/2013/08/23/positionspapier/>,  
<http://inirromnja.wordpress.com/2013/09/08/position-des-Romano-bundnis-berlin-zum-berliner-aktionsplan-zur-gegen-die-einbeziehung-auslandischer-roma/>.

Fürsorgeindustrie Roma selbst auf einen Klientelstatus reduziert sind und wenig Möglichkeiten haben, mitzubestimmen. Sie haben nicht nur keinen Zugang zu den Finanzmitteln, sondern auch keine Möglichkeit, Konzepte zu entwickeln, Arbeit zu gestalten, MitarbeiterInnen oder Zielgruppen auszuwählen. Sie werden zwar als ProjektmitarbeiterInnen, als Brücke gebraucht, als Ansprechpartner für die Community. Aber wenn es um inhaltliche Gestaltung von Projekten geht, sind Roma praktisch nicht vorhanden<sup>50</sup>.

Die fehlenden kritischen Perspektiven von Rrom\*nja sind an der inhaltlichen Ausgestaltung der Berliner Politik und ihrer Schwerpunkte in Bezug auf Rrom\*nja sichtbar. So hält es der Senat für sinnvoll, ein Projekt für „Arbeitsmarktdistanzierte Roma und Flüchtlinge“ zu fördern, welches mit einem Budget von 1,2 Millionen Euro ausgestattet ist. „Arbeitsmarktdistanz“ ist eine an sich diskriminierende und sinnfreie Wortkreation. Diese in Verbindung mit Roma zu setzen, die als rumänische oder bulgarische Staatsangehörigen erst seit 2014 die Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen oder die als Geflüchtete keine Arbeitserlaubnis haben, ist in hohem Maße zynisch.

Grundlegende Forderungen des Romano-Bündnisses an den Berliner Senat im Rahmen des „Aktionsplanes zur Einbeziehung ausländischer Roma“ sind:

- die Herausnahme der ethnisierenden Maßnahmen aus dem Aktionsplan und deren Überleitung in die Regelfinanzierung: Ja! zu menschwürdiger Versorgung, Nein! zu deren Ethnisierung,
- ein angemessenes Budget im aktuellen Haushaltsplan im Bereich Community Building für die Arbeit der Roma-Selbstorganisationen: Nur so kann eine zivilgesellschaftliche Roma-Community in der Stadt wachsen!
- eine gleichberechtigte und transparente Zusammenarbeit mit allen bereits bestehenden Berliner Roma-Selbstorganisationen und –Initiativen,
- einen deutlichen inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Antiziganismus.

## **5. Artikel ICERD 4: Gadje<sup>51</sup>-rassistische Diskurse und struktureller Gadje-Rassismus<sup>52</sup>**

*Artikel ICERD 4*

*a) jede Verbreitung von Ideen, die sich auf die Überlegenheit einer Rasse oder den Rassenhass gründen, jedes Aufreizen zur Rassendiskriminierung und jede Gewalttätigkeit oder Aufreizung dazu gegen eine Rasse oder eine Personengruppe anderer Hautfarbe oder Volkszugehörigkeit sowie jede Unterstützung rassenkämpferischer Betätigung einschließlich ihrer Finanzierung zu einer nach dem Gesetz strafbaren Handlung zu erklären,*

*b) alle Organisationen und alle organisierten oder sonstigen Propagandatätigkeiten, welche die Rassendiskriminierung fördern und dazu aufreizen, als gesetzwidrig zu erklären und zu verbieten und die Beteiligung an derartigen Organisationen oder Tätigkeiten als eine nach dem Gesetz strafbare Handlung anzuerkennen,*

---

<sup>50</sup> [http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-  
artikel/?ressort=ba&dig=2013%2F01%2F16%2Fa0141&cHash=9033eb5d742886aec9196da67362c6a7](http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ba&dig=2013%2F01%2F16%2Fa0141&cHash=9033eb5d742886aec9196da67362c6a7).

<sup>51</sup> Gadje ist eine Romani-Bezeichnung für nicht Rrom\*nja, Sinti\*zza, Manusch oder Kale

<sup>52</sup> Gadje-Rassismus ist ein Begriffsvorschlag, der aus unserer Sicht das Netz der Außen-Zuschreibungen, -Verleugnungen, -Verleumdungen und der Gewalt beschreiben könnte, die historisch und zeitgenössisch gegen Rrom\*nja, Sinti\*zza, Calé\*, Manouches\* von Gadje ausgeübt werden.

c) nicht zuzulassen, dass staatliche oder örtliche Behörden oder öffentliche Einrichtungen die Rassendiskriminierung fördern oder dazu aufreizen.

## 5.1 Öffentliche Diskurse und Hetze

„Sinti und Roma“ werden als Problem und brennendes Thema konstruiert. Die Presse und die Fernsehkanäle bringen viel zu selten Interviews, in denen Rrom\*nja oder Sinti\*zza selber beispielsweise zu Bildungsthematiken, Projekten, Wohnsituationen, Migrationsfragen Stellung nehmen.

In der Studie von 2014 „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit“ wird festgestellt:

*„Zunächst muss festgestellt werden, dass Antiziganismus in den Medien weit verbreitet ist und vielerlei Formen annimmt. Er manifestiert sich sowohl in offenen und leicht erkennbaren Formen, als auch in subtiler Weise, die sich erst durch eine Analyse erschließt. Dabei muss für die deutsche Medienlandschaft insgesamt davon ausgegangen werden, dass kaum Sensibilität für antiziganistische Aussagen und Darstellungen vorhanden ist und dass durchgängig – häufig unbewusst und ungewollt – bestehende Stereotype reproduziert, ethnozentristische Positionen eingenommen und antiziganistische Diskurse fortgeführt werden.“<sup>53</sup>*

Die mediale Verleumdung und Hetze begleitet seit Jahren die staatlichen und regionalen politischen Entscheidungen (sog. Willkommensklassen, Beschränkung des Zuganges zu Sozialleistungen für Rrom\*nja aus Bulgarien und Rumänien), die Verabschiedung von Gesetzen (Asylrecht 2014), die Gentrifizierung von Stadträumen<sup>54</sup>.

Die Parteien NPD und CDU führten ihre nationalen, kommunalen oder europäischen Wahlkampagnen mit Hilfe von Mottos und Bildern auf ihren Plakaten durch<sup>55</sup>, die Rassismus bestärken und (re)produzieren. So titelte das Wahlwerbeplatat der NPD „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“. Die CDU titelte „Missstände beenden. Duisburg kann besser“. Die CSU warb im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2014 mit dem Motto „Wer betrügt, der fliegt“. Sie bezogen sich damit indirekt auf die Aussagen vom damaligen Bundesinnenminister Friedrich bezüglich des angeblichen „Sozialmissbrauchs“. Dazu gab es auch Widerspruch: „Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der Zentralrat setzen sich für ein wirksames Verbot rassistischer Wahlwerbung ein. Städten und Gemeinden sollten klare rechtliche Handlungsmöglichkeiten gegeben werden, um gegen rassistisch diskriminierende Wahlplakate vorgehen zu können.“<sup>56</sup>

Die Verbreitung im Internet in Webseiten oder auf Facebook wird nicht verhindert<sup>57</sup>, wir sehen es beispielweise mit der Hetzgruppe und die Veröffentlichung im Internet von Bilder von zwei Rromnja, die in Neumühl beschuldigt wurden, Kinder geklaut zu haben<sup>58</sup>, ein seit vier Jahrhunderten unermüdliches Muster des Rassismus gegen Rrom\*nja und Sinti\*zza in Deutschland.

<sup>53</sup> Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit, Markus End 2014.

<sup>54</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/man-hat-das-gefuehl-dass-sich-alle-paar-jahre-die-gleiche-diskriminierung-wiederholt>.

<sup>55</sup> <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/cdu-verteidigt-bildauswahl-fuer-wahlplakat-mit-problemhaus-id9267210.html>.

<sup>56</sup> Siehe Gemeinsame politische Handlungsempfehlungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma in "Zwischen Ablehnung und Gleichgültigkeit - Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma", Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

<sup>57</sup> Bewohner der Silberhöhe setzen sich zur Wehr gegen die HWG und Romas. <http://hallespektrum.de/nachrichten/vermischtes/weg-mit-dem-viehzeug-silberhoehen-einwohner-hetzen-gegen-roma-nachbarn/106899/>.

<sup>58</sup> <http://www.duisburg-gegen-rechts.de/2014/09/21/unsere-kinder-unsere-kinder-tumulte-in-duisburg-neumuehl-roma-wollten-angeblich-kind-entfuehren/>.



## 5.2 Asylrecht für Rrom\*nja

Jürgen Roters, Oberbürgermeister von Köln, hofft auf eine Verschärfung des Asylrechts, damit serbische Sinti und Roma, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, in Zukunft so schnell wie möglich in ihr Heimatland zurückkehren müssen. *„Ich bin für die Duldung derer, die schon lange hier sind und sich integriert haben. Es geht mir um die, die jetzt neu kommen“*, sagte Roters am Rande des Jahresempfangs der Mitglieder des Konsularkorps Nordrhein-Westfalen.<sup>59</sup>

Eine Verschärfung des Asylrechts wurde am 19.09.2014 abgestimmt. Das Gesetz richtet sich direkt gegen Rrom\*nja<sup>60</sup>. Die Verabschiedung des Gesetzes wurde wie oben geschildert von einer offenen politischen und medialen Hetze gegen Rrom\*nja unterstützt: direkt dazu verbundene Hetze war zum Beispiel die Klage eines Richters in Düsseldorf gegen Asylanträge von Rrom\*nja<sup>61</sup>. Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien gelten seit September 2014 als sichere Herkunftsstaaten. Die Kampagne *Alle Bleiben!* erklärt: *„Wir haben in den vergangenen Jahren unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt – und auch keine Perspektive darauf“*<sup>62</sup>.

*„Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten führt zu einer pauschalen Ablehnung von Menschen, vor allem von Roma, die von direktem und strukturellen Rassismus betroffen sind – von Diskriminierung, die nicht selten existenz- und lebensgefährlich wirkt und die gesellschaftlichen Ausschluss bedeutet, ohne Perspektive“*<sup>63</sup>. Ein verkürztes Verfahren unterminiert das Recht auf Asyl für Verfolgte. Durch die Ignoranz der tatsächlichen Diskriminierung in diesen Ländern haben die Asylsuchenden keine Möglichkeiten mehr, sich angemessen zu verteidigen<sup>64</sup>. Signifikant ist hierbei, dass sich auf keinerlei unabhängige Quelle gestützt wurde.

## 6. Artikel ICERD 5: Struktureller Rassismus und Intersektionalität

*Im Einklang mit den in Artikel 2 niedergelegten grundsätzlichen Verpflichtungen werden die Vertragsstaaten die Rassendiskriminierung in jeder Form verbieten und beseitigen und das Recht jedes einzelnen, ohne Unterschied der Rasse, der Hautfarbe, des nationalen Ursprungs oder des Volkstums, auf Gleichheit vor dem Gesetz gewährleisten; dies gilt insbesondere für folgende Rechte:*

(...)

*5. b) das Recht auf Sicherheit der Person und auf staatlichen Schutz gegen Gewalttätigkeit oder Körperverletzung, gleichviel ob sie von Staatsbediensteten oder von irgendeiner Person, Gruppe oder Einrichtung verübt werden (...)*

Im Bericht von Amnesty International „We ask for Justice“ vom April 2014 wird eine zunehmende rassistische Gewalt gegen Roma in Europa aufgezeigt.

<sup>59</sup> Kölner Stadtanzeiger, 15.09.2014.

<sup>60</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/rromnja-deutschland-visumsfreiheit-oder-frei-von-rechten>

<sup>61</sup> <http://bundesromaverband.de/sinnleere-verfahren-oder-die-reproduktion-eines-stereotyps-duesseldorfer-richter-beklagt-asylantraege-von-roma/>.

<sup>62</sup> <http://www.alle-bleiben.info/sichere-herkunftslander-ein-schlag-ins-gesicht-fuer-verfolgte-roma/>.

<sup>63</sup> <http://bundesromaverband.de/grosse-koalition-beschliesst-verschaerfung-des-asylrechts/>.

<sup>64</sup> <http://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/wir-wollen-ein-anderes-roma-image-installieren-die-kampagne-alle-bleiben-als-politisches>.



"Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen endlich gegen die zunehmenden rassistischen Angriffe auf Angehörige der Roma vorgehen", fordert die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çalışkan. *"Die Gewalttäter werden ermutigt von der passiven Haltung der Regierungen, die eine systematische Diskriminierung von Roma stillschweigend hinnehmen. ... Statt entschlossen der Gewalt und Diskriminierung entgegenzutreten, schüren viele europäische Politiker sogar den Glauben, Roma seien für ihre Ausgrenzung selbst verantwortlich. Derartige Äußerungen auch von ranghohen Politikern feuern Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft nur noch weiter an und sind eine Verdrehung der Tatsachen."*

#### Struktureller Rassismus:

Öffentliche Diskurse und Hetze gegen Rrom\*nja sind insbesondere seit der EU-Erweiterung und dem Eintritt von Bulgarien und Rumänien sowie seit der Visaliberalisierung für Serbien an der Tagesordnung. Nur durch die jahrelange politische und mediale Hetze konnte der Boden für die Verschärfung des Asylrechts im Oktober 2014 bereitet werden. Umfragen sowohl der Antidiskriminierungsstelle des Bundes<sup>65</sup> als auch der Universität Leipzig aus dem Jahr 2014 zeigen massive Feindlichkeit gegen Rrom\*nja und Sinti\*zza. So stimmen zum Beispiel 47,1 % der Befragten einer Verbannung von „Sinti und Roma“ aus den Innenstädten zu und 55,9% unterstellen „Sinti und Roma“ eine Neigung zur Kriminalität<sup>66</sup>. In der Mitte-Studie wird festgestellt: „Ähnlich deutlich stieg auch der Antiziganismus zwischen 2011 und 2014. Die öffentliche Debatte der letzten Monate zur Aufhebung der Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit für bulgarische und rumänische Staatsangehörige und zur „Armutszuwanderung“ erklärt (neben langfristigen Entwicklungslinien, vgl. Bogdal 2011; End, Herold & Robel 2009), warum sich die abwertenden Aggressionen gerade auf die Gruppe der Sinti und Roma konzentrieren: Anlass und Gegebenheiten vorausgesetzt, erscheint das Ziel der Abwertung austauschbar, während die dahinterstehende Ideologie der Ungleichheit und ihre Ursachen unverändert fortbestehen<sup>67</sup>.“

#### Mehrfachdiskriminierung:

Heitmeyer stellt in seiner zehnjährigen Langzeituntersuchung fest, dass die Zustimmung zu rassistischen Thesen und die Feindlichkeit gegenüber Asylsuchenden, Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen, „Roma und Sinti“ sowie Sexismus und Alltagsrassismus seit 2009 unabhängig der gesellschaftlichen Schicht und des Wohnorts signifikant steigen. Der Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft bildet ein Umfeld, in dem die Akzeptanz von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus oder Homophobie den Nährboden für die Auswüchse eines rechten Radikalismus bietet. Diejenigen Rrom\*nja, die durch Mehrfachzugehörigkeiten zu den genannten Gruppen gekennzeichnet sind, sprich Rrom\*nja, Obdachlose oder Geflüchtete sind und öffentlich als Arbeitslose wahrgenommen werden, sind besonders von Mehrfachdiskriminierung bedroht. Die Bezeichnung „Armutszuwanderung“ ist vermehrt als rassistischer Code oder Synonym für geflüchtete Rrom\*nja seit 2012 propagiert worden<sup>68</sup>.

Der heterosexistische Gadje-Rassismus schreibt seit dem 17. Jahrhundert Rrom\*nja die Ausübung von Prostitution und krimineller Sexualität als kulturalisiertes Muster zu. Diese Mehrfachdiskriminierung durch rassifizierende Sexualisierung und Sexismus wurde bislang nicht konsequent reflektiert und abgebaut, wie anhand der medialen und politischen Hetzwe-

<sup>65</sup> [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Bevoelkerungseinstellungen\\*Sinti\\*und\\*Roma\\*20140829.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Bevoelkerungseinstellungen*Sinti*und*Roma*20140829.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>66</sup> [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\*14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf*14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf)

<sup>67</sup> Siehe „Die stabilisierte Mitte Rechte extreme Einstellung in Deutschland 2014“ von Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler.

<sup>68</sup> <http://mediendienst-integration.de/artikel/antiziganismusforscher-zu-roma-stereotypen-in-debatte-ueber-armutsmigration.html> und <http://www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf>.

len<sup>69</sup> von 2012 bis 2014 zum Beispiel durch Bundesinnenminister Friedrich erkennbar ist<sup>70</sup>. Der Berliner Senat beschreibt in der „Strategie“ bzw. im „Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ die Themen Prostitution und häusliche Gewalt als spezifisch für Rrom\*nja.

Schwule, lesbische und Trans\* Rrom\*nja und Sinti\*zza erleben die Gewalt des Rassismus und der Heteronormativität. Ein Aspekt davon ist, dass es auf der einen Seite Rrom\*nja und Sinti\*zza verleumderisch ein einseitiger und aggressiver Heterosexismus zugeschrieben wird, auf der anderen Seite wird ihnen eine zwangsläufige Heterosexualität unterstellt. Daher sind Schwule, lesbische und Trans\* Rrom\*nja und Sinti\*zza mit Heteronormativität, Homo- und Transphobie konfrontiert.

---

<sup>69</sup> <http://www.taz.de/!111567/>.

<sup>70</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/armutseinwanderung-von-roma-deutschland-muss-viel-mehr-druck-ausueben-12092026.html>. FAZ: Bundesinnenminister Friedrich hat schon seine Nichtzuständigkeit erklärt. Stattdessen hat sein Ministerium die Kommunen aufgefordert, Probleme wie Prostitution, Bettelei und Schwarzarbeit mit Hilfe der Polizei und des Zolls anzugehen. Romani Rose: "Diese Aussage ist hoch problematisch. Damit werden Menschen, die hierher kommen, weil sie in ihrer Heimat, die niemand freiwillig oder gar gern verlässt, ohne jede Perspektive sind, sofort in die Kriminalitätsecke gedrängt. Die Rechten mobilisieren sich in diesem Land. Wenn man dann solche Aussagen macht, darf man sich über das Ergebnis nicht wundern."

## **Forderungen**

### **Einhaltung der Minderheitenrechte**

Deutschland soll seinen Verpflichtungen gemäß der Minderheiten- und Sprachencharta nachkommen und eine proaktive Förderung der Rromanikultur und -sprache verfolgen, das bedeutet im Einzelnen:

- aktive Förderung muttersprachlicher Rromanisprachen für Kinder und Jugendliche sowie die bundesweite Etablierung muttersprachlicher Lehrangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene von Rrom\*nja und Sinti\*zza für Rrom\*nja und Sinti\*zza,
- Schaffung eines durch Rrom\*nja und Sinti\*zza selbstverwalteten Lehrinstituts für Wissenstransfer aus anderen europäischen Staaten und Entwicklung von Didaktik und Lehrmaterialien für muttersprachliche Rromanesdialekte sowie für die Vermittlung der Rrom\*nja-Geschichte und kultureller Errungenschaften - für Rrom\*nja und Sinti\*zza von Rrom\*nja und Sinti\*zza,
- Bereitstellung und Regelfinanzierung von Rromanes-Dolmetscher\*innen für Behörden,
- Aktive Förderung des kulturellen Ausdrucks von Rrom\*nja und Sinti\*zza durch Förderung von Filmproduktionen auf Rromanes, Rroma-Theater, Radio, Archiven,
- Einrichtung eines staatlichen Fonds sowie Preises zur Förderung der Kultur- und Wissenschaftsproduktionen von Rrom\*nja und Sinti\*zza,
- Einrichtung eines Rromani-Museums in der Hauptstadt mit wechselnden Präsentationen zur Rromani-Geschichte und Gegenwart, dessen Leitung sowie Kurator\*innen Angehörige der Minderheit und migrierter Rrom\*nja sind.

### **Antidiskriminierungspolitik**

Aufgrund der massiven und spezifisch gegen Rrom\*nja und Sinti\*zza gerichteten Gewalt, dem Gadge-Rassismus<sup>71</sup>, ist eine aktive Menschenrechts- und Antidiskriminierungspolitik gefordert. Das bedeutet im Einzelnen:

#### **Bleiberecht**

- Sofortige Rücknahme der Regelung zu den sicheren Herkunftsstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien- Herzegowina,
- Abschaffung der segregierten Heimunterbringungen für Asylsuchende und Einrichtung sowie Förderung von Unterbringung in Wohnungen,
- Abschaffung der Residenzpflicht ohne Zusatzbedingungen,
- Aufenthaltsunabhängiger gesetzlichen Krankenversicherungsschutz.
- Verhandlung mit Rrom\*nja-Selbstorganisationen über den gesetzlichen Rahmen einer Anerkennung von Rrom\*nja als Kontingentflüchtlinge aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands, die sich am Beispiel der Regelung von 1991 für jüdische Kontingentflüchtlinge orientieren kann.

---

<sup>71</sup> Gadge-Rassismus ist ein Begriffsvorschlag, der aus unserer Sicht das Netz der Außen-Zuschreibungen, -Verleugnungen, -Verleumdungen und der Gewalt beschreiben könnte, die historisch und zeitgenössisch gegen Rrom\*nja, Sinti\*zza, Calé\*, Manouches\* von Gadge ausgeübt werden.

## **Bildung**

- Abschaffung segregierter Schulklassen und die Einrichtung von Zusatzlehrangeboten für migrierte Schüler\*innen innerhalb von Regelklassen,
- Zusammenfassung, Auswertung und Orientierung an von den Selbstorganisationen der Rrom\*nja und Sinti\*zza formulierten Bedarfen und Handlungsempfehlungen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

## **Diskriminierungs-Monitoring**

- Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die Vorwürfe gegen die Polizei wie Racial Profiling oder rassistische Aktenvermerke überprüft,
- Die Einrichtung von Beschwerdestellen gegen Diskriminierung, die möglicherweise an die LADs angegliedert sind und verpflichtend mehrsprachiges und romanisprachiges Personal führen,
- Förderung und Weiterbildung von Rrom\*nja und Sinti\*zza Selbstorganisationen zwecks Einrichtung von Beratungsstellen, die Opfer von Gadge-Rassismus professionell betreuen und die Vorfälle kontinuierlich dokumentieren,
- Die Möglichkeit von Verbandsklagen im AGG einführen.

## **Bildungsarbeit gegen Gadge-Rassismus**

- Produktion von aufklärerischen Materialien gegen Rassismus: Videos, Kurzradiobeiträge, Broschüren aus der Perspektive der Minderheit bzw. zugewanderten Rrom\*nja.

## **Monitoring und Partizipation der Förderinstrumente**

- Einrichtung einer aus Selbstorganisationen der Rrom\*nja und Sinti\*zza bestehenden Kommission, die an Partizipation und Wirksamkeit ausgerichtete Qualitätsstandards zur Ausgestaltung und Implementierung von Förderprogrammen für Rrom\*nja und Sinti\*zza entwickelt und deren Einhaltung regelmäßig überprüft.

## Anhang 1 Brief des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin an Rrom\*nja

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg  
Jugendamt  
Juq RSD L

Berlin, 16.09.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Eltern,

Sie sind mit Ihren Kindern in Berlin und haben keine Wohnung und keine Unterkunft, wo sie wohnen können, Darum übernachten Sie mit Ihren Kindern hier im Görlitzer Park, wo wir Sie antreffen.

Wir sind Arbeiterinnen und Arbeiter des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und haben nach der in Deutschland geltenden Gesetzgebung (§8a SGB VIII) den Auftrag, dafür zu sorgen, dass sich Kinder nicht in Gefahr befinden. Grundsätzlich glauben wir, dass Sie sich um das Wohl Ihrer Kinder sorgen und sich gut um sie kümmern.

Durch das Leben im Park aber sind Ihre Kinder in Gefahr. Die Gefahr besteht darin, dass es keine Toiletten und kein fließendes Wasser für die Hygiene gibt. Sie können sich und Ihre Kinder nicht vor den Einflüssen des Wetters schützen. Sie sind den Aggressionen anderer Menschen ausgesetzt, im Park gibt es Ratten und andere Tiere, vor denen Sie und Ihre Kinder nicht geschützt sind.

Wir fordern Sie deshalb auf das Leben und Übernachten mit Ihren Kindern im Görlitzer Park umgehend zu beenden und für eine Unterkunft zumindest für Ihre Kinder zu sorgen.

Die Jugendämter sind zuständig für Hilfen und Schutz, um Gefährdungen von Kindern zu beenden. Um feststellen zu können welche Jugendämter für Sie und Ihre Familien zuständig sind, benötigen wir Ihre Personalangaben und Einsicht in Ihre Personaldokumente.

Bei sehr jungen Kindern (unter einem Jahr) müssen wir uns vergewissern, dass es ihnen gesundheitlich gut geht. In der Dienststelle steht eine Ärztin bereit und wir werden das Kind und die begleitende Mutter für eine Untersuchung dort hinfahren und auch hierhin wieder zurück. Wir werden in wenigen Tagen wiederkommen. Sollten Sie dann immer noch mit Ihren Kindern hier im Park leben und übernachten, werden wir Ihre Kinder in Obhut nehmen, das heißt, sie werden von Ihnen getrennt und in einer Unterkunft, in der sie genügend zu essen und zu trinken und einen trockenen Schlafplatz haben, untergebracht.

Sollten wir hier aber Kinder sehen, denen es aus unserer Sicht sehr schlecht geht, werden wir diese Kinder sofort ärztlich untersuchen lassen und/oder in einer Wohngruppe für Kinder unterbringen und versorgen.

Die weiteren Entscheidungen treffen dann die zuständigen Jugendämter und Familiengerichte.

Wir wissen, dass Sie für sich und Ihre Kinder dringend eine Wohnung brauchen. Aber wir können keine Wohnung für Sie beschaffen.

## **Anhang 2: Offener Brief an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**

### **Offener Brief**

an den Bezirksstadtrat Peter Beckers, die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, den Sozialstadtrat Knut Mildner - Spindler, sowie die übrigen Mitglieder des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Berlin, 28.8.2014

### **Ordnungsamt drangsaliert obdachlose Familien im Görlitzer Park**

**Wir protestieren energisch gegen das gewaltsame Vorgehen und die Beschlagnahme der Autos, dem derzeit einzigen Obdach einiger Familien, durch das Ordnungsamt. Wir fordern das Bezirksamt auf, das Vorgehen des Ordnungsamtes umgehend zu beenden, den Familien ihre Autos zurückzugeben und sich für familiengerechte Unterkünfte einzusetzen!**

Seit August führt das Ordnungsamt Friedrichshain-Kreuzberg erneut Nacht für Nacht Patrouillen im und am Görlitzer Park durch. Ihr Zweck ist offensichtlich, repressive Maßnahmen gegen obdachlose rumänische Familien durchzuführen, die dort mit ihren Kindern mangels Unterkunft in Autos, Zelten oder im Freien schlafen.

Den Berichten der Familien zufolge erscheinen die Patrouillen, bestehend aus vier bis fünf Personen in der Kleidung des Ordnungsamts, regelmäßig zwischen 0 und 3 Uhr nachts (Freitags um 6 Uhr morgens).

Sie wecken die Familien u.a. durch heftige Schläge auf deren Autos sowie durch Klopfen mit Schlagstöcken auf Metall- und Steinböden auf, vertreiben die Familien mit ihren Kindern aus dem Park und beschlagnahmen ihre Zelte. Kürzlich drohten sie mit einem brennenden Feuerzeug in der Hand, ein Zelt anzuzünden. Dabei beleidigten sie die Familien auf rassistische Weise.

Am 27.8.14 wurden 4 Autos der Familien abgeschleppt, nachdem die Insassen, unter ihnen Kinder, gewaltsam aus den Autos gezogen worden waren. Auch die persönlichen Sachen, die in den Autos lagerten und die die Betroffenen nicht direkt an sich nehmen konnten, wurden entsorgt. Dies alles geschah just an dem Tag, an dem die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket gegen „Sozialmissbrauch“ verabschiedet hatte.

Die Familien, die im Görlitzer Park übernachteten, haben keinen anderen Ort, an dem sie schlafen können. Einige von ihnen lebten seit dem letzten Jahr in der besetzten Gerhart – Hauptmann – Schule. Da sie zum Zeitpunkt der Räumung dort nicht anwesend waren, wurde ihnen keine Unterkunft zur Verfügung gestellt. Bei der Bereitstellung von Unterbringungen für die Bewohner\*innen der Schule handelte es sich um eine strategische Maßnahme des Bezirkes mit dem Zweck, das Gebäude zu leeren. Seither weigert sich der Bezirk, auch nur übergangsweise die Kosten für die Unterbringungen weiterer Familien zu übernehmen, nicht einmal für diejenigen, die nachweislich vorher in der besetzten Schule lebten. Statt nach Unterkünften zu suchen, wird den Familien aus ordnungsrechtlichen Gründen noch das letzte Dach über dem Kopf genommen. Die Absicht des Bezirkes scheint eher darin zu bestehen, die Familien loszuwerden, als sich um konstruktive Lösungen für ihre Situation zu bemühen.

Es gibt in Berlin keine einzige familiengerechte Notübernachtung. Der Bedarf an Plätzen in Obdachlosen – Wohnheimen ist wesentlich größer als das Angebot. Den Familien, die aufgrund von Rassismus, institutioneller Diskriminierung und Armut ihre Herkunftsländer verlassen, bleibt daher momentan nichts anderes übrig, als im Park, im Auto oder in verlassenen Gebäuden zu schlafen. Bisher wurde nicht einmal die im Rahmen des ohnehin umstrittenen „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ vorgesehene No-



tunterkunft für Familien, deren finanzielle Mittel seit Anfang dieses Jahres bereitstehen, eingerichtet.

Statt sich für menschenwürdige Bedingungen der ankommenden Familien einzusetzen, werden politische und mediale Debatten über einen angeblichen „Sozialmissbrauch“ geführt und Ängste vor der „Überflutung“ des deutschen Sozialsystems geschürt. Der Anspruch auf Unterstützung zum Lebensunterhalt als arbeitssuchende EU – Bürger\*innen wird den Betroffenen von der Bundesagentur für Arbeit komplett verwehrt. Gleichzeitig wird ihnen durch die Diskussion über „Sozialtourismus“ pauschal unterstellt, sie seien nur zum Bezug von Sozialleistungen hier.

Mit dem neuen Gesetzespaket der Bundesregierung soll ihnen das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Arbeitsortes, die im Europarecht verankerte Freizügigkeit, faktisch abgesprochen werden. Die damit beabsichtigte Verhinderung von sogenannter „Armutszuwanderung“ vermischt sich hier auf unheilvolle Art und Weise mit Rassismus gegen als Roma wahrgenommene Menschen. Das aktuelle Vorgehen des Ordnungsamtes von Friedrichshain-Kreuzberg gegen die Familien im Görlitzer Park fügt sich nahtlos in diese Politik der systematischen Diskriminierung von Roma und als Roma wahrgenommenen Menschen in Deutschland ein.

#### **Wir fordern:**

- 1. dass das Wohl der Familien und der Kinderschutz über die Gesetze zum Schutz von Grünanlagen gestellt werden!**
- 2. dass die rassistischen Übergriffe, arressiven Maßnahmen und Drangsalierungen seitens des Ordnungsamtes im Görlitzer Park aufhören!**
- 3. Unterkünfte und längerfristig eine reale Perspektive auf selbstbestimmtes Wohnen für die Familien!**
- 4. dass Rassismus der Kampf angesagt wird!**
- 5. dass Armut bekämpft, statt von Armut Betroffene kriminalisiert werden!**

Die Familien im Görlitzer Park und einige Unterstützer\*innen